

Washington, D.C.

Notiz über das Gespräch mit
A. Solomon vom 16. Mai 1978

Anwesend : Anthony M. Solomon,
Under Secretary of the Treasury for Monetary
Affairs

James H. Fall III,
Office of International Banking & Portfolio
Investment, Department of the Treasury

Botschafter P. Jolles

Botschafter R. Probst

S. Arioli

1. US-Wechselkurspolitik

Nach S. sind die USA ausschliesslich in DM und vereinzelt in Schweizer Franken interveniert. Trotz intensivem japanischem Drängen seien sie nicht bereit, auf eigene Rechnung Yen zu verkaufen. Grund für die Beschränkung auf DM sei die zentrale Rolle dieser Währung im europäischen Bereich. Dass die USA überhaupt auf den Devisenmärkten aktiv geworden seien, habe man politischen Erwägungen zuschreiben : Die US-Regierung wollte nicht Zielscheibe der europäischen politischen Sensibilität werden und sich Gleichgültigkeit vorwerfen lassen. S. glaubt jedoch nicht an die Zweckmässigkeit von Interventionen zur Kursbeein-

. / ..

flussung. Nach seinen Erfahrungen seien erratische Schwankungen, so unerwünscht ihre wirtschaftlichen Auswirkungen auch sein mögen, durch Interventionen nicht zu glätten, sondern der Trend werde häufig eher noch verstärkt.

Interventionen in Schweizer Franken sei zudem die Kritik des Kongresses an der Uebernahme des Risikos von Währungsverlusten entgegengestanden. Der Kongress und namentlich die Bankenkommissionen beider Häuser hätten den Dollarzerfall viel leichter bewertet als die Regierung. Dagegen sei es als unannehmbar bezeichnet worden, Steuergelder mit Stützungskäufen auf's Spiel zu setzen. Der "Exchange Rate Stabilization Fund" weise gegenwärtig einen negativen Saldo auf, da er, wie ein privates Unternehmen, Fremdwährungsverbindlichkeiten und -guthaben nach den Wechselkursen am Bilanztag in Dollars umzurechnen und auszuweisen habe, dies entsprechend FASB 8 (d.h. der massgeblichen Bilanzierungsregel des Financial Accounting Standards Board). Für den schlechten, vom Kongress kritisierten Stand des Fonds seien namentlich auch die Guthaben der Schweiz aus den Roosa-Bonds verantwortlich, die eigentlich schon längst hätten liquidiert werden sollen.

S. sieht ein, dass die fast ausschliesslichen Interventionen

. / ..

in DM dem Schweizer Franken zusätzlichen Auftrieb gegeben und damit die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der übertriebenen Kursausschläge verstärkt haben.

2. Währungspolitik als Traktandum am Bonner Gipfel

S. warnt davor, vom Bonner Gipfel auf währungspolitischen Gebiet neues zu erwarten. Das Traktandum werde eine untergeordnete Rolle spielen. Er sieht ein, dass übertriebene Erwartungen destabilisierend wirken können und erklärt, bemüht zu sein, die Öffentlichkeit dementsprechend aufzuklären.

S. hat sein Papier für die Gipfelvorbereitungen soeben fertiggestellt. Von einem entsprechenden Papier von deutscher Seite ist ihm nichts bekannt und er scheint kein solches zu erwarten. Jedenfalls glaubt er, dass die Meinungen kaum auseinander gehen werden. Aus seinen Gesprächen mit Lambsdorf und Emminger meint er schliessen zu dürfen, dass die BRD mit der gegenwärtigen Lage recht zufrieden sei.

Nach S. geht es nicht darum, ein neues Währungssystem aufzubauen, vielmehr sei vorerst die Surveillancefunktion des IMF zu entwickeln. Die Wechselkurse hätten einen Beitrag an den Anpassungsprozess zu leisten. Aber auch die Konjunkturpolitik der einzelnen Länder dürfe nicht mehr als rein binnenwirtschaftlich behandelt werden sondern sei als Teil der inter-

nationalen Anpassung zu betrachten.

S. zeigt Verständnis dafür, dass ^{das} OECD-Ministertreffen nicht durch ^{den} nachfolgenden Gipfel entwertet werden dürfe und weist darauf hin, dass er darüber bereits mit van Lennep gesprochen habe.

3. Europäische Währungszusammenarbeit

Das Fünfpunkte-Programm Callaghans sei von der falschen Voraussetzung ausgegangen, man könne mit einer engeren Währungszusammenarbeit eine stärkere Konjunkturstimulierung der BRD erkaufen. Die am Europäischen Rat in Kopenhagen diskutierten Ideen seien dagegen hauptsächlich auf ein Vorprellen Schmitts zurückzuführen. Ihre Realisierbarkeit sei jedoch kaum sehr hoch einzustufen.

Bedingungen für eine Währungsunion seien eine Verringerung der Inflationsraten unter den europäischen Ländern sowie ein grösseres deutsches Kreditengagement. Callaghan und Giscard seien kaum bereit, die Risiken eines erneuten Scheiterns einer Schlangenbeteiligung auf sich zu nehmen. Langfristig würden sich vielleicht gewisse Leute in der Bundesrepublik den Vorteil versprechen, mit einer europäischen Währung verhindern zu können, dass die DM Reservefunktionen erhält. Das würde aber voraussetzen, dass der europäische Kapitalmarkt international in gleichem Masse zugänglich würde wie der amerikanische.

Im Verhältnis zum Dollar seien weder Vor- noch Nachteile zu erwarten, sofern der europäischen Zusammenarbeit nicht eine antiamerikanische Ausrichtung gegeben werde. Eine solche Zielsetzung, selbst wenn sie rein psychologischer Natur wäre, könnte sich destabilisierend auf den Dollar auswirken, was für die Industrieländer insgesamt nur negative Folgen haben könne.

4. Wirtschaftsaussichten für die USA

Die gegenwärtigen Schätzungen der Regierung gehen auf ein BSP-Wachstum von $4 \frac{1}{4}$ - $4 \frac{1}{2}$ % für 1978 im Vergleich zu 1977 und eine Inflationsrate von $6 \frac{3}{4}$ - 7 %. S. glaubt, dass die Wachstumsrate eher bei $4 \frac{1}{4}$ % liegen werde. Die Regierungsmassnahmen könnten zumindest verhindern, dass die Inflationsrate über 7 % steigen werde.

Zum Energieprogramm meint S., dass die Rohölsteuer in dieser Kongress-Session kaum noch verabschiedet werde. Dagegen bestehe eine leicht über 50 %-ige Chance, dass es zu einer Einigung über die Gaspreisregulierung komme. Dann würde diese zusammen mit den im Differenzbereinigungsausschuss bereits genehmigten Massnahmen (Kohlekonversion, Konservierung, Tarife der "Public Utilities") inkraft gesetzt werden. S. lässt offen, unter welchen Bedingungen dann der Präsident von seiner Befugnis Gebrauch machen würde, als Ersatz für die Rohölsteuer auf Oeleinfuhren Zollzuschläge anzuordnen. Er gibt lediglich zu bedenken, dass ein derartiges Vorgehen die präsidiale Kompetenz für Notmassnahmen gefährden könnte und dass der OPEC ein Anlass

für Preiserhöhungen ihrerseits gegeben würde.